

**N I E D E R S C H R I F T**

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **13.12.2007** im Ratssaal des Schlosses,  
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/010

Beginn öffentlicher Teil: 16:04 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 19:36 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:35 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 19:45 Uhr

---

**Anwesend:** **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred - ohne TOP 12 und 13 -

**Ratsvorsitzender**

Walter, Klaus-Dieter

**1. stellv. Bürgermeisterin**

Weilert-Penk, Christa

**2. stellv. Bürgermeister**

Unverzagt, Hartmut

**Ratsherren/-frauen**

Alker, Rudolf

Braun, Hartmut

Degenhard, Walter

Ethner, Regina

Fleischmann, Michael - ohne TOP 9 und 10 -

Gärtner, Bodo

Gersemann, Christiane - ohne TOP 7 -

Gilke, Anette

Heldt, Gabriele

Hinz, Gerald

Hunze, Carl

Leppert, Florian

Leunig, Alexander - ab TOP 5 , ohne Top 7

-

Leykum, Maria

Lüddecke, Dieter

Meinig, Birgit

Morich, Hans-Dieter

Obst, Wolfgang - ohne TOP 8 - 10 -

Pilgrim, Adolf-W.

Plaß, Barthold

Rickert, Heidrun

Rohde, Paul

Rück, Stefanie

Schrader, Karl-Ludwig

Schulz, Kurt-Ulrich

Wackerbeck, Ursula

Weber, Ulrike  
Wunn, Ina Prof. Dr. - ab TOP 5 -  
Dr.  
Zielonka, Holger Dr.

### **Verwaltung**

Controller	Kauter, Theo
Gleichstellungsbeauftragte	Pape, Petra
Stadtrat	Philipps, Lutz
Stadtamtsrat	Rode, Hans
Dipl.-Oec.	Scholz, André
Erster Stadtrat	Strecker, Dagobert
Baurat z.A.	Trappmann, Hendrik
Stadtoberamtsrat	Voutta, Jens
Verwaltungsangestellter	Wielitzka, Eike

## **TAGESORDNUNG**

### Öffentlicher Teil

#### **Einwohnerfragestunde**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 11.10.2007
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Stellenplan-Entwurf 2008  
Vorlage: 2007 0246
- 5.1. Stellenplan-Entwurf 2008; Stand der Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen am 03.12.2007  
Vorlage: 2007 0246/1
6. Entwurf Haushaltsplan 2008  
Vorlage: 2007 0244
- 6.1. Haushaltssatzung 2008; Empfehlung des Verwaltungsausschusses vom 11.12.2007  
Vorlage: 2007 0244/1
7. Entwurf der Finanzplanung 2007 - 2011 und des Investitionsprogrammes  
Vorlage: 2007 0245
- 7.1. Finanzplanung 2007 - 2011 mit Investitionsprogramm  
Vorlage: 2007 0245/1
8. 2. Satzung zur Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2007 0218

9. Vertretung der Stadt Burgdorf in der Arbeitsgemeinschaft für 'Historische Fachwerkstädte e.V.';  
hier: Wechsel in der Person  
Vorlage: 2007 0049/1
10. Jugendhilfeausschuss;  
hier: Wechsel in der Besetzung der beratenden Mitglieder  
Vorlage: 2007 0022/3
11. Verzicht des Ratsmitgliedes Alexander Leunig auf seine Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2007 0280
- 11.1. Beendigung der Mitgliedschaft im Rat des Ratsmitgliedes Alexander Leunig;  
hier: Neubildung des Verwaltungsausschusses und verschiedener Fachausschüsse  
Vorlage: 2007 0280/2
- 11.2. Verzicht des Ratsmitgliedes Alexander Leunig auf seine Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf;  
hier: Stellv. Mitglied im Präventionsrat  
Vorlage: 2007 0280/3
- 11.3. Beendigung der Ratsmitgliedschaft des Ratsmitgliedes Alexander Leunig zum 31.12.2007;  
hier: Benennung eines Nachfolgers/einer Nachfolgerin als Mitglied für die Gesellschafterversammlung der 'Wirtschaftsbetriebe Burgdorf GmbH'  
Vorlage: 2007 0280/4
12. Verwaltungsreform; Verfahrensvereinfachung  
Vorlage: 2007 0253
13. 3. Änderungssatzung der Stadt Burgdorf über die Beseitigung des häuslichen Abwassers in Kleinkläranlagen  
Vorlage: 2007 0268
14. Kommunales Einzelhandelskonzept, Beschluss  
Bezugsvorlage 2007 0215 (Entwurf)  
Vorlage: 2007 0215/1
15. Bebauungsplan 0-23/2 "Raiffeisenstraße", Einleitung  
Bezugsvorlage 2007 0267 (Veränderungssperre)  
Bezugsvorlage 2007 0215 (Kommunales Einzelhandelskonzept, Entwurf)  
Vorlage: 2007 0266
16. 1. Veränderungssperre zum Bebauungsplan 0-23/2 "Raiffeisenstraße", Satzung  
Bezugsvorlage 2007 0266 (Veränderungssperre)  
Vorlage: 2007 0267
17. 50. Änderung des Flächennutzungsplans (Weferlingsen - Nördlich Stockwiesen) - Feststellung - Bezugsvorlage: 2007 0206  
Vorlage: 2007 0277

### **Einwohnerfragestunde**

## Öffentlicher Teil

### **Einwohnerfragestunde**

Vor Beginn der Tagesordnung im ‚Öffentlichen Teil‘

**Frau Bolm** teilte mit, dass vor geraumer Zeit im Bereich der Straßenkreuzung Immenser Straße/Kleiner Brückendamm/Uetzer Straße/Braunschweiger Straße die Präsenz eines Polizeifahrzeuges ausgereicht habe, LKW-Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht von über 7,5 t von der Absicht abzuhalten, in die Innenstadt zu fahren. Stattdessen habe man den Kleinen Brückendamm in Richtung Otze befahren.

**Bürgermeister Baxmann** wies darauf hin, dass die Probleme des Schwerlastverkehrs in Burgdorf bekanntermaßen durch die Situation auf der A 2 hervorgerufen würden, wobei die Umleitungsverkehre dann den Weg über die Burgdorfer Innenstadt suchten. Der Nds. Verkehrsminister habe inzwischen auf die Problematik reagiert, wobei jedoch die Alternative für die LKW-Fahrer häufig die sei, entweder im Stau stehen zu bleiben und eine etwa 3-stündige Verzögerung in Kauf zu nehmen oder aber den Weg über die Burgdorfer Innenstadt mit einer möglichen Bußgeldfestsetzung von 20,00 € zu riskieren, wobei letzteres für die LKW-Fahrer in aller Regel die günstigere Variante darstelle. Auch sei die Personalsituation bei der Polizei nicht so, dass bei derartigen Ereignissen eine Präsenz zur Verhinderung der LKW-Verkehre in der Innenstadt durch die Polizei garantiert werden könne. Man hoffe jedoch durch den Bau der B 188 n in absehbarer Zeit eine Entlastung für die Innenstadt zu erzielen.

Ein Einwohner bemängelte, dass nach einer Zeitungsmeldung dem Seniorenrat das Rederecht in allen Ausschüssen der Stadt Burgdorf gewährt worden sei, während auf der anderen Seite dem fraktionslosen Ratsmitglied Fleischmann ein Rederecht in den Ausschüssen nicht zustehe.

**Bürgermeister Baxmann** wies darauf hin, dass entsprechend den landesgesetzlichen Vorschriften es dem jeweiligen Ausschuss vorbehalten sei, anwesenden Bürgern oder Sachverständigen bei öffentlichen Sitzungen die Möglichkeit einzuräumen, Fragen zu Beratungsgegenständen und anderen Gemeindeangelegenheiten zu stellen bzw. diese als Sachverständige anzuhören. Dem Seniorenrat sei diese Möglichkeit eröffnet worden. Auch Herr Fleischmann habe die Möglichkeit, als anwesender ‚Zuhörer/Einwohner‘ nach entsprechender Beschlussfassung des Ausschusses von seinem Recht, Fragen zu stellen bzw. angehört zu werden, Gebrauch zu machen. Hier müssten nur durch Herrn Fleischmann die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Da keine weiteren Fragen gestellt wurden, schloss **Ratsvorsitzender Walter** die Einwohnerfragestunde und eröffnete den ‚Öffentlichen Teil‘ der Ratssitzung.

## **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Ratsvorsitzender Walter** eröffnete die Sitzung, begrüßte insbesondere die Ehrenratsmitglieder, Herrn Walter Wundram und Herrn Karl-Heinz Meyer, ebenso die Vorstände der Stadtparkasse Burgdorf, Herrn Pötsch und Herrn Nebel, sowie den Vertreter der Presse, Herrn Korte, und alle Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er wies darauf hin, dass zu den Tagesordnungspunkten 5, 6 und 7 Ergänzungsvorlagen erstellt worden seien und bat, diese Ergänzungsvorlagen (Tagesordnungspunkt 5 - Vorlage 0027 0246/1, Tagesordnungspunkt 6 - Vorlage 2007 0244/1 und Tagesordnungspunkt 7 - Vorlage 2007 0245/1) bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu vermerken.

**Mit diesen Änderungen wurde die Tagesordnung vom Rat mit 31 Ja-Stimmen beschlossen.**

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 11.10.2007**

---

**Die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 11.10.2007 wurde mit 31 Ja-Stimmen genehmigt.**

**3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**1. 80. Geburtstag von Herrn Stadtdirektor i.R. Bindseil**

**Bürgermeister Baxmann** teilte mit, dass der Ehrenbürger und Stadtdirektor i.R., Stadtdirektor Bindseil, am 26.11.2007 80 Jahre alt geworden sei. Anlässlich dieses Geburtstagsjubiläums habe er Herrn Bindseil gratuliert, wobei dieser recht herzliche Grüße an Rat und Verwaltung ausgerichtet und mitgeteilt habe, dass er eine kleine Geburtstagsnachfeier im Januar 2008 plane. Einen offiziellen Glückwunsch - verbunden mit einem Empfang o. ä. - möchte Herr Bindseil nicht.

**2. Glückwünsche für den 2. stellv. Bürgermeister Herrn Unverzagt**

**Bürgermeister Baxmann** und **Ratsvorsitzender Walter** beglückwünschten den **zweiten stellv. Bürgermeister, Herrn Unverzagt**, nachträglich zum 70. Geburtstag.

**3. Grüße aus der Partnerstadt Burgdorf/Schweiz**

**Bürgermeister Baxmann** teilte weiter mit, dass die Partnerstadt Burgdorf/Schweiz Grüße anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes und des Jahreswechsels an die Stadt Burgdorf und hier insbesondere an Rat und Verwaltung gesandt habe.

#### 4. **Entwicklung und Einführung des Controllings, hier: Pilotprojekt Stadtbücherei**

---

**Controller Herr Kauter** teilte mit, dass die Leiterin der Stadtbücherei, Frau Nehmer-Rommel, vom **Ersten Stadtrat, Herrn Strecker**, dem Personalratsvorsitzenden, **Herrn Holstein**, und ihm als Controller gebeten worden sei, bei der Entwicklung und Einführung des Controllings als ‚Pilotanwender‘ mitzuwirken. Ziel sei es, für die Stadtbücherei Burgdorf ein Controllingssystem zu entwickeln, das als Vorbild und Beispiel für andere Bereiche der Stadtverwaltung dienen könne. Es sollen hierbei Erfahrungen für weitere Controlling-Ausgestaltungen gewonnen werden.

Frau Nehmer-Rommel habe zugesagt, mit der Stadtbücherei an der Controlling-Pilotierung mitzuwirken, dabei jedoch auf die knappen personellen Ressourcen der Bücherei hingewiesen.

Sowohl am 20.11. als auch am 06.12.2007 hätten zwei fachliche Gespräche stattgefunden, in deren Verlauf u.a. bereits die ersten Handlungsfelder definiert und bezeichnet worden seien:

- a) Bekanntheitsgrad der Burgdorfer Stadtbücherei
- b) Kundenzufriedenheit/Nutzung und Leistungen der Stadtbücherei
- c) Interne Organisation/Geschäftsprozesse/Mitarbeiterorientierung.

Ausgehend von diesen Handlungsfeldern sollen im weiteren Verlauf Maßnahmen zur Optimierung und zur Steuerungsunterstützung identifiziert und konkret ausgestaltet werden. Die Mitarbeiterinnen der Stadtbücherei würden hierbei intensiv einbezogen, so dass die Möglichkeit der Mitgestaltung bestehe. Nach den mit den Mitarbeiterinnen geführten ersten Gesprächen sei eine große Bereitschaft zu verzeichnen.

Die Controlling-Pilotierung werde umfassend dokumentiert und zu gegebener Zeit würden der Politik die (Zwischen-)Ergebnisse vorgestellt.

Zustimmend nahmen hiervon die Ratsmitglieder Kenntnis.

#### 4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

K E I N E

#### 5. **Stellenplan-Entwurf 2008 Vorlage: 2007 0246**

---

**5.1. Stellenplan-Entwurf 2008; Stand der Beratungen im Ausschuss für  
Wirtschaft und Finanzen am 03.12.2007  
Vorlage: 2007 0246/1**

---

**Beigeordneter Pilgrim** richtete zunächst seinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und aller Einrichtungen der Stadt für die im Jahr 2007 geleistete Arbeit.

Hiernach sprach er die in der Vorlage 2007 0246/1 bezeichneten Stellenzuwächse und deren Notwendigkeit an. So ergebe sich in der Stadtplanungsabteilung nicht nur durch die zusätzliche Erstellung von Bauleit- und Bebauungsplänen, sondern auch wegen der durch die Politik gewünschten Begleitung des Stadtentwicklungskonzeptes die Notwendigkeit, eine auf drei Jahre befristete zusätzliche Stelle für eine(n) Stadtplaner(in) einzurichten. Außerdem solle auch bei der über den Nachtragstellenplan 2006 eingerichteten Stelle eines Stadtplaners der KW-Vermerk entfallen.

Weiter sei es notwendig, eine zusätzliche Stelle in der Personalabteilung aufgrund des ständigen Aufgabenzuwachses einzurichten. Auch sei die auf zwei Jahre befristete zusätzliche Stelle in der Finanz- und Steuerabteilung wegen der bekannten Personalsituation erforderlich. Für den Bereich der Kindertagesstätten in der Südstadt, in Ehlershausen und für eine geplante Hortgruppe in der Weststadt seien fünf Stellen für Erzieherinnen und eine Stelle für eine Sozialassistentin eingerichtet worden. Weiterhin sei für eine Küchenhilfe eine halbe Stelle zusätzlich erforderlich.

Durch die Ausweitung der Zahl der Kindergartengruppen sowie zusätzliche Betreuungszeiten und ähnliche Sachverhalte habe sich die Notwendigkeit ergeben, bisherige  $\frac{3}{4}$ - in Vollzeitstellen umzuwandeln, wobei sich dies hauptsächlich auf die Stellen der Leiterinnen bzw. stellv. Kindergartenleiterinnen bezöge. Für die Kindergärten in der Weststadt, in Ehlershausen, Otze, Schillerslage und Sorgensen ergebe sich somit insgesamt ein zusätzlicher Stellenbedarf von 1,5 Stellen.

Zum Bereich der Kinderbetreuung zähle dann auch die zusätzliche Servicestelle, die bis Mai 2010 durch das Land Niedersachsen mit einer  $\frac{1}{2}$  Stelle bezuschusst werde.

Der Neubau des Kindergartens Nord-West habe gegenwärtig noch keine personellen Auswirkungen. Sie würden sich voraussichtlich erst im Stellenplan 2009 zeigen.

Ein anderer Bereich seien die Schließdienste in den Schulen und Sporthallen. Hier habe die Begrenzung der Dienstzeiten der Schulhausmeister durch den TVöD Auswirkungen gezeigt mit der Folge, dass zusätzliche Kräfte eingestellt werden müssten, die sich im Stellenplan mit 1,25 zusätzlichen Stellen niederschlugen, wobei jedoch andererseits zu berücksichtigen sei, dass die Begrenzung der Höchstarbeitszeit bei den Schulhausmeistern zu Einsparungen führe, so dass letztlich keine zusätzlichen Finanzmittel hierfür notwendig seien. Im vorausgegangenen Jahr habe die SPD-Fraktion mit Vorbehalten dem Wunsch der Verwaltung zugestimmt, die Zahl der Ausbildungsplätze von fünf auf drei zu reduzieren, weil aufgrund der personellen und räumlichen Engpässe nach Darstellung der Verwaltung nicht umfassend und sorgfältig hätte ausgebildet werden können. Hierbei sei jedoch von Seiten der Verwaltung zugesagt worden zu prüfen, ob in den Nicht-Verwaltungsbereichen eine

Ausweitung der Ausbildungsplätze möglich sei. Im Zuge der Beratungen sei von Seiten der SPD-Fraktion darauf hingewiesen worden, dass beispielsweise im Haus der Jugend Ausbildungsbereitschaft bestehe, weshalb die Bitte gegenüber der Verwaltung wiederholt werde, zu prüfen, ob künftig wieder mehr und auch in den erweiterten Arbeitsfeldern der Verwaltung ausgebildet werden könne.

Auch seien von ihm in den Ausschüssen die Wünsche der SPD-Fraktion hinsichtlich der Stellenbewirtschaftung vorgetragen worden, so dass dies nicht wiederholt werden müsse. Jedoch wolle er gleichzeitig darauf hinweisen, dass die ursprüngliche Forderung, sowohl den Stellenplan als auch den Stellenbesetzungsplan von Seiten der Verwaltung künftig ernsthafter zu sehen bzw. zu behandeln, aufrecht erhalten werde. Dies sei auch vor dem Hintergrund der zusätzlich eingerichteten Stelle in der Personalabteilung zu sehen. Insgesamt werde die SPD-Fraktion dem Stellenplanentwurf 2008 in seiner Gesamtheit zustimmen.

**Herr Obst** teilte mit, dass die tarifrechtlichen Anpassungen sich aus den Verträgen zwischen den Tarifparteien ergäben und daher auch zu akzeptieren seien. Besonders sprach er die Arbeitsleistung des erst seit kurzem in der Stadtplanungsabteilung arbeitenden Mitarbeiters an, wobei er sich aufgrund der durch diesen Mitarbeiter an den Tag gelegten Qualifikationen dafür aussprach, den bisher noch vorhandenen KW-Vermerk im Stellenplan 2008 zu streichen. Sein besonderer Dank galt ebenfalls den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und den verwaltungsnahen Außenstellen, wobei er den Bürgermeister bat, diesen Dank insbesondere auch an die Mitarbeiter des Bauhofes weiterzugeben, zumal es nicht einfach sei, bei widrigen Wetterverhältnissen die durch den Bauhof zu leistenden Arbeiten zu erledigen.

Die CDU-Fraktion werde, so **Herr Obst**, dem Stellenplanentwurf 2008 zustimmen.

**Herr Lüddecke** richtete zunächst seinen Dank an die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, vertreten durch den Bürgermeister, für die geleistete Arbeit im Jahr 2007, wobei die gute Zuarbeit mit der und die Information durch die Verwaltung in den Gremien positiv aufgefallen sei. Er bat den Bürgermeister, diesen Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung weiterzuleiten.

Der Stellenplanentwurf, der in den Diskussionen innerhalb der Gremien nur geringfügige Änderungen erfahren habe, sei intensiv von den Fraktionen hinterfragt und schlüssig von der Verwaltung begründet worden, weshalb die FDP-Fraktion diesem Stellenplanentwurf, wie er jetzt vorliege, ebenfalls zustimmen werde.

**Bei einer Stimmenthaltung und 32 Ja-Stimmen fasste der Rat den zu c) der Vorlage 2007 0246/1 formulierten Beschluss.**

**Beschluss:**

**6. Entwurf Haushaltsplan 2008  
Vorlage: 2007 0244**

---

**6.1. Haushaltssatzung 2008; Empfehlung des Verwaltungsausschusses vom 11.12.2007  
Vorlage: 2007 0244/1**

---

**Herr Hinz** wies zunächst darauf hin, dass die Verwaltung einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt habe, der im Bereich des Verwaltungshaushaltes nicht nur ein ausgeglichenes Ergebnis aufzeige, sondern auch einen Überschuss erwarten lasse. Dieser Überschuss sei im Allgemeinen dafür vorgesehen, die Investitionen des Vermögenshaushalt zu finanzieren, wobei der gegenwärtige Haushalt hiervon jedoch noch ein weites Stück entfernt sei. Er ging sodann auf die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Erstellung des Haushalts ein, wobei er insbesondere den wirtschaftlichen Aufschwung, die hierbei zu verzeichnende positive Binnennachfrage, den Export, die mit der Globalisierung verbundene Entwicklung der Finanzmärkte und die sich hierbei ergebenden Risiken ansprach und deutlich machte, dass diese ‚Rahmenbedingungen‘ auch einen wesentlichen Einfluss auf die Finanzentwicklung der Stadt Burgdorf und damit auf den Haushalt des Jahres 2008 haben könnten, ohne vor Ort beeinflussbar zu sein.

Bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2006 habe er, so **Herr Hinz**, darauf hingewiesen, dass - wenn sich die Haushaltslage als stabil erweise - man darüber nachdenken sollte, welche Vorsorgemaßnahmen man ergreifen könne, um den nächsten ‚Abschwung‘ abzufedern. Im Entwurf des Jahres 2008 würden jedoch entsprechende Vorsorgemaßnahmen fehlen. Zu berücksichtigen sei aber, dass in den Jahren der problematischen Haushaltssituation viele Dinge ‚liegen geblieben‘ seien, insbesondere in den Bereichen der Gebäudesanierung und der Unterhaltung der Straßen. Einzelne kleine Schritte zur Aufarbeitung der Situation seien im Haushalt erkennbar. Der Entwurf 2008 schließe im Verwaltungshaushalt mit einer Summe von 51,3 Mio. Euro ab, was eine Steigerung von 2 % bedeute, während der Vermögenshaushalt mit einer Summe von 14,2 Mio. Euro und einer deutlichen Steigerung von 175 % abschließe.

Im Bereich des Verwaltungshaushaltes falle beispielsweise die Ausgabeposition der Personalkosten besonders ins Auge, die gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 1,45 % oder - in Euro ausgedrückt - um ca. 200.000,00 € aufweise. Besonders vor dem Hintergrund der vorzunehmenden Tarifierhöhung bezeichnete er die Erhöhung des Personalkostenansatzes als moderat. Einen Ausgabeanatz in ähnlicher Höhe verzeichneten auch die Ausgabepositionen für den Bereich der sozialen Sicherung, wobei zwar eine Senkung der Gesamtsumme gegenüber dem Vorjahr eingetreten, jedoch zu berücksichtigen sei, dass einzelne Positionen Ausgabesteigerungen erfahren hätten. Besonders erwähnte er hierbei den Bereich der Vollzeitpflege nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, der eine Steigerung von rd. 30 % aufweise. Auch sei zu erwarten, dass wieder ein größerer Anteil der Jugendamtskosten durch die Stadt Burgdorf zu tragen sei. Für die Hochbauunterhaltungsmaßnahmen sei eine Ansatzerhöhung um 80.000,00 € und für Tiefbauunterhaltungsmaßnahmen ein erhöhter Ansatz um 200.000,00 € vorgesehen.

Auch die Energie- und Fahrzeugkosten würden mit einem um 33 %

höheren Ansatz gegenüber dem Vorjahr zu Buche schlagen. Positiv sei zu vermerken, dass die Steuer- und Abgabensätze keine Erhöhung erfahren hätten. Der Grund für den ausgeglichenen Haushalt liege jedoch darin, dass gegenüber dem überaus schlechten Jahr 2002 mit Einnahmen von rd. 11,8 Mio. Euro der Haushaltsentwurf 2008 mit erwarteten 14,7 Mio. Euro Einnahmen bei Steuern, allgemeinen Finanzaufwendungen und Umlagen um knapp 3 Mio. Euro besser da stehe. Hierbei werde deutlich, dass gleichbleibende Aufgaben einer Kommune auch gleichbleibende Einnahmen erforderten, die keinen konjunkturellen Schwankungen unterworfen sein sollten.

Politisch sei der Haushaltsplanentwurf von Seiten der SPD-Fraktion dahingehend verändert worden, dass beispielsweise im Verwaltungshaushalt der Ansatz für die Beschaffung von Vorhängen im Gymnasium um 7.000,00 € angehoben worden sei, um den Zeitraum für die Erneuerungsmaßnahmen zu verkürzen. Auch sei der Ansatz für die Erfassung der Buchbestände der Schule um 1.500,00 € heraufgesetzt worden. Ebenso sei der Zuschuss für die Musikschule um 4.700,00 € erhöht worden, wobei er darauf hinweise, dass der Beitrag zur Musikschule seit 11 Jahren gedeckelt worden sei und die Musikschule um eine Anpassung des Zuschusses gebeten habe, zumal ihrem Personal bereits erhebliche Gehaltsverzichte, die Leistung von unbezahlten Überstunden und von den Nutzern der Einrichtung höhere Gebühreneinnahmen abverlangt worden seien.

Zum Vermögenshaushalt führte er aus, dass hier eine kräftige Steigerung gegenüber dem Vorjahr stattfinde, wobei der entscheidende Grund in der Entwicklung des Gewerbegebietes Nord-West liege, was eine Schuldenausweitung von 13,5 auf 18,1 Mio. Euro bedeute. Für Grundstücksankäufe und Erschließungsmaßnahmen seien etwa 5,5 Mio. Euro im Haushalt 2008 und als Verpflichtungsermächtigungen für 2009 eingeplant. Da der Ankauf im Wesentlichen über Kredite finanziert werden müsse, belasteten Zins- und Tilgungsleistungen den Haushalt längerfristig, weshalb man sich die Frage stellen müsse, ob man möglichst kurzfristig vermarkten könne, um einen ebenso kurzfristigen Rückfluss der Gelder zu erzielen, oder aber, ob man es sich leisten könne, sich die jeweiligen Grundstückserwerber auszusuchen, um zielgerichtet die Ansiedlung zu steuern. Mit der Entwicklung des Gewerbegebietes sei die Erwartung auf Schaffung neuer Arbeitsplätze in Burgdorf verbunden, wobei man umso erfolgreicher sei, wenn neue Arbeitsplätze entstünden und nicht nur eine Verlagerung innerhalb Burgdorfs stattfinde. Deutlich werde hierbei aber auch die Tatsache, dass die Stadt Burgdorf selbst keine Arbeitsplätze schaffen könne. Hierzu sei man auf ansiedlungswillige Gewerbebetriebe angewiesen.

Weiter wies **Herr Hinz** darauf hin, dass die Kreditaufnahmen nicht insgesamt für die Grundstücksankäufe in Nord-West notwendig würden, sondern dass mehr als 1,4 Mio. Euro für andere Grundstücksankäufe zur Verfügung stünden. Als weitere Positionen im Vermögenshaushalt benannte er ca. 530.000,00 € für Brandschutzmaßnahmen und die Sanierung der Elektroanlagen im Gymnasium sowie 105.000,00 € für die Umgestaltung des Hindenburgwalls. Mit 170.000,00 € solle mit dem Rückbau der durch die Umgehungsstraße zukünftig entlasteten Innenstadtstraßen begonnen werden.

Von Seiten der SPD-Fraktion sei bezogen auf die notwendige Sanierung der Toiletten in der Gudrun-Pausewang-Grundschule durch Bildung eines

Planansatzes von 120.000,00 € in 2008 und die Fortführung der Maßnahme in 2009 mit einer ‚Verpflichtungsermächtigung‘ von 80.000,00 € die Umsetzung der Maßnahme gesichert worden.

Weiterhin sollten nach Meinung der SPD-Fraktion 2.500,00 € für die Ausstattung des Lehrerzimmers im Gebäude der ehemaligen Orientierungsstufe eingesetzt werden. Auch betrachte die SPD-Fraktion die Ausweitung der Beleuchtung in der verlängerten Moorstraße, wofür man einen Ansatz von 26.500,00 € habe einstellen lassen, als Beitrag zur ‚Schulwegsicherung‘. Zudem sei man bereit, für die Initiative ‚Glocken für Burgdorf‘ einen Beitrag in Höhe von 10.000,00 € zu leisten. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass man in der Vergangenheit auch einen Zuschuss zu der Anschaffung der Orgel in der St.-Nikolauskirche von Seiten der Stadt Burgdorf geleistet habe. Auch wolle man sich nicht dem Anliegen verschließen, dem Kreis der Männer und Frauen angemessen zu gedenken, die anlässlich des Zweiten Weltkrieges verstarben. Herr Lüddecke habe hierzu in der vorausgegangenen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen für eine Lösung im Sinne des Verbandes der Deutschen Kriegsgräberfürsorge geworben und als die vier Opfergruppen die Kriegstoten, die Vertreibungstoten, die Bombenopfer und die Verfolgten und Opfer der NS-Gewaltherrschaft benannt.

Vor diesem Hintergrund sei die SPD-Fraktion bereit, einen Betrag von 5.000,00 € als Planungskosten in den Haushalt des Jahres 2008 einzusetzen mit dem Ziel, ein würdiges Erinnerungs- und Mahnmal zu errichten.

Auch sei die SPD-Fraktion ‚schweren Herzens‘ trotz ökologischer Bedenken dem wirtschaftlich begründeten Wunsch der Verwaltung nach Anschaffung der erforderlichen ‚Laubbläser‘ gefolgt.

Positiv sei darüber hinaus zu vermerken, dass sich nach den Aussagen des Kämmers die Einnahmenseite in 2007 derart gut entwickle, dass keine Kassenkredite aufgenommen werden müssten, sondern sogar zu erwarten sei, dass ein Überschuss erwirtschaftet werde. Voraussichtlich werde daher die geplante Kreditaufnahme in 2008 um ca. 1 Mio. Euro niedriger ausfallen.

Abschließend zog er das Resümee, dass nunmehr ein Haushalt zu verabschieden sei, der im Verwaltungshaushalt solide und im Vermögenshaushalt anspruchsvoll, jedoch nicht frei von Risiken sei. Der Eingang dieser Risiken sei jedoch bewusst gewählt, um alle Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung Burgdorfs zu wahren. Zuvor stattete er jedoch noch seinen Dank an die Kämmerei und deren Mitarbeiter ab, wobei er ausdrücklich **Stadtrat Philipps** und **Herrn Hammermeister** namentlich erwähnte, von deren Seite nicht nur bei den Haushaltsberatungen sachlich umfassend und kurzfristig informiert worden sei.

Die SPD-Fraktion werde dem Haushaltsentwurf 2008 in der jetzt vorgesehenen Fassung zustimmen.

**Frau Gersemann** teilte mit, dass sich die SPD-Fraktion von zwei Leitlinien habe inspirieren lassen, die die politische Diskussion geprägt hätten. Dies sei zum einen die Maxime ‚Familien fördern‘ und zum anderen ‚den demografischen Faktor berücksichtigen‘ gewesen. Schwerpunkt sei hierbei die Weiterentwicklung Burgdorfs als familienfreundliche Kommune, wobei dieser Begriff ausdrücklich auch die Generation der Großeltern mit

einschlieÙe.

Sie wies darauf hin, dass die Eltern-Generation Flexibilität und Verlässlichkeit benötige. Hintergrund sei die konjunkturelle Entwicklung, die oftmals beiden Elternteilen Arbeit böte, wobei die unterschiedlichen Arbeitszeiten ein hohes Maß an Flexibilität erforderten. Aus diesem Grund seien auch in der Vergangenheit die Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten stetig ausgeweitet worden. Ein praktisches Beispiel sei die Bereitstellung von zusätzlichen 13.000,00 € im vorliegenden Haushaltsplan für die Kindertagesstätte Villa Mercedes. Zum Stichwort Verlässlichkeit wies **Frau Gersemann** darauf hin, dass Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze in einem ausreichenden Maße angeboten werden müssten. Dieses Angebot stelle einen wichtigen Aspekt der kommunalen Daseinsvorsorge dar. Festzustellen sei in diesem Zusammenhang, dass seit Jahren der Bedarf an Betreuungsplätzen stetig steige. Folgerichtig seien daher auch die Einrichtung neuer Krippenplätze bei der Kirchengemeinde St. Paulus und die Erweiterung der Krippenplätze des Frauen- und Mütterzentrums. Für beide Projekte sei im Haushaltsplan 2008 ein Zuschuss in Höhe von 68.000,00 € eingestellt worden. Auch müsse das Angebot an Hortplätzen erweitert werden. Beispielhaft nannte sie hier die zusätzlichen Angebote in der Südstadt und in der Villa Mercedes. Für den Bereich der Villa Mercedes sei zusätzlich ein Betrag von 10.000,00 € bereitgestellt worden. Vorgesehen sei zudem die Einrichtung einer weiteren Hortgruppe in der Weststadt. Alle drei (Hort-, Kindergarten- und Krippen-Gruppen) sollten im Folgejahr in der Weststadt ihre ‚Heimat‘ finden. Für den neuen Kindergarten sei zwischenzeitlich das Gutachterverfahren abgeschlossen. Sobald aktuelle Zahlen vorlägen, sollte kurzfristig mit dem Bau begonnen werden mit dem Ziel, zum 01.08.2009 die Fertigstellung zu realisieren. Hierfür seien im Haushalt 2008 550.000,00 € bereitgestellt. Darüber hinaus seien Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 810.000,00 € für das Jahr 2009 vorgesehen.

Flexibilität und Verlässlichkeit seien wichtige Eckpfeiler einer familienfreundlichen Kommune, wobei Burgdorf hierbei mit seinem Angebot durchaus im Vergleich zu anderen Kommunen ‚punkten‘ könne. Ebenso sei die inhaltliche Arbeit in den Kindertagesstätten ein Qualitätsmerkmal. Vor diesem Hintergrund sei auch bereits die Hälfte des zur Qualitätsverbesserung vorgesehenen Haushaltsansatzes (30.000,00 €) vor Inkrafttreten des Haushalts freigegeben worden, um die zusätzlichen pädagogischen Maßnahmen in den Kindergärten ohne Unterbrechung fortführen zu können.

Sie wies darauf hin, wie sehr die Stadt Burgdorf auf dem Gebiet der Verbesserung der Situation von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern gefordert sei. So habe der Ansatz für die Hilfe zur Unterbringung in Vollzeitpflege um 160.000,00 € auf 560.000,00 € im Jahr 2008 gegen 400.000,00 € im Jahre 2007 heraufgesetzt werden müssen. Erschreckend sei, wie die Fallzahlen in diesem Bereich gestiegen seien, so **Frau Gersemann**. In diesem Zusammenhang sei das Angebot einer niedrigschwelligen aufsuchenden Familienhilfe sehr zu begrüßen.

Dem Anliegen des Kinderschutzbundes bezogen auf die Kostenübernahme für eine Vollzeitstelle konnte dennoch nicht zugestimmt werden, da die Stelle nur für drei Jahre zu 50 % bezuschusst werde und hiernach die Kosten zu 100 % der Stadt Burgdorf zufallen würden. Zu beachten sei in diesem Zusammenhang auch die Tatsache gewesen, dass hiervon

Aufgabeninhalte berührt werden könnten, die ausschließlich in der Zuständigkeit des hiesigen Jugendamtes lägen. Ausdrücklich dankte sie in diesem Zusammenhang dem Jugendamt und dem Kinderschutzbund für die in der Vergangenheit geleistete Arbeit. Um in der Palette der Angebote für Familien zielgerichtet das richtige Angebot herauszusuchen, sei mittlerweile das ‚Familienbüro‘ im Rathaus I eingerichtet worden, wobei Frau Schorr als Ansprechpartnerin fungiere, um auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestellt den Familien das richtige Angebot zu unterbreiten.

Weiter wies sie auf das im Jahr 2007 ins Leben gerufene ‚Bündnis für Familien‘ hin, wobei der Gleichstellungsbeauftragten die Federführung übertragen worden sei. Aufgabeninhalte seien hierbei die Sicherung der Kontinuität der Arbeit sowie die Zusammenführung und Koordination der Akteure und Aktivitäten. Um in diesem Sinne arbeitsfähig zu sein, sei die Stundenzahl der Gleichstellungsbeauftragten erhöht worden. Der Fond ‚Schulbeihilfen für Kinder‘ sei ein wichtiger Schritt, um der zunehmenden sozialen Unwucht in der Gesellschaft zu begegnen. 40,00 € sollten Kinder von Arbeitslosengeld II-Empfängern und Familienpassberechtigten im Jahr für Schulmaterial erhalten. Im Vergleich zum Vorjahr sei für die von ihr genannten Maßnahmen insgesamt ein Betrag von 488.200,00 € mehr in den Haushalt 2008 gegenüber dem Vorgängerhaushalt eingestellt worden, so **Frau Gersemann**.

Abschließend ging sie auf den zu Beginn ihres Redebeitrags angesprochenen demographischen Wandel ein, indem sie auf die durch die Politik geforderte intelligente Nachnutzungsregelung bezogen auf den Kindergarten Nord-West hinwies. Sie wies darüber hinaus auf die Bildung des Seniorenrates hin, der durch den Rat der Stadt Burgdorf unterstützt worden sei und sich zu seniorenrelevanten Themen in allen Fachausschüssen äußern könne. Weiter habe der Seniorenrat inzwischen eine Anlaufstelle im Rathaus erhalten. Darüber hinaus solle die technische Ausstattung von der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Weiter sei ein Zuschuss im Jahr 2008 in Höhe von 1.000,00 € für die laufende Arbeit des Seniorenrates im Haushalt zur Verfügung gestellt worden. Auch die Seniorenbegegnungsstätte am Bahnhof sei ein wichtiger Ort der Seniorenarbeit und aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Deshalb sei der vorgesehene Zuschuss im Haushaltplan 2008 von fast 25.000,00 € mehr als gerechtfertigt.

**Frau Gersemann** dankte abschließend der Verwaltung für die geleistete Arbeit und ebenso den Ratskollegen(innen) für die faire Zusammenarbeit.

**Herr Obst** merkte zu den Ausführungen von Frau Gersemann an, dass hieraus zu schließen sei, dass die von ihr genannten Positionen auf die Initiative der SPD-Fraktion zurückgingen. Dies sei nur z.T. richtig. Es sei aber auch zu berücksichtigen, dass bereits einige Beträge im Verwaltungsvorschlag enthalten gewesen seien. Es sei von Seiten der CDU-Fraktion auch in den Ausschüssen deutlich gemacht worden, dass man einigen Positionen im Haushalt nicht zustimmen könne, dem Gesamtergebnis jedoch seine Zustimmung erteilen werde. Er machte deutlich, dass der Haushalt zum zweiten Mal in Folge ausgeglichen sei, wobei er darauf hinwies, dass dies die Folge der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sei, auf die die Stadt Burgdorf keinen Einfluss habe. Das noch vor Jahren prognostizierte strukturelle Defizit sei sehr hoch gewesen. In der Endphase sei ein Fehlbetrag von 12 Mio. € prognostiziert worden. Durch die veränderten wirtschaftlichen

Rahmenbedingungen, ausgelöst durch die Agenda 2010 und fortgeführt durch die derzeitige Bundesregierung, habe man wieder mehr Menschen in Lohn und Brot gebracht und damit höhere Einnahmen im Steuerverbund erhalten, die letztlich der Stadt Burgdorf auch wieder finanzielle Spielräume bescherten. Diese Entwicklung sei u.a. aber auch darauf zurückzuführen, dass der Rat der Stadt Burgdorf nicht der Versuchung erlegen sei, in unverantwortlicher Weise neue Wünsche auf den Tisch zu legen.

Zugleich erinnerte er an den dringenden Sanierungsbedarf, wobei er insbesondere auf die zu sanierenden Straßen und Kanäle hinwies.

Trotz verbesserter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen habe sich die soziale Ungleichheit im Land verschärft. Die finanzielle Situation vieler Mitbürger habe sich nicht gravierend verbessert. Die Debatten um den Mindestlohn hätten deutlich gemacht, dass eine angemessene Bezahlung für geleistete Arbeit - um den Lebensunterhalt zu sichern - vielfach nicht gegeben sei. Auch stimme in diesem Land etwas nicht, wenn 20 % der Menschen trotz Arbeit finanziell an der Armutsgrenze lebten. Er wies in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Kinderarmut und die hiermit einhergehende zunehmende Chancenungleichheit in der Gesellschaft hin, wobei dies besonders die verminderten Bildungschancen für die Kinder dieser Bevölkerungsgruppen betreffe. Letztendlich habe dies auch entsprechende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Verminderte Bildungsmöglichkeiten und damit Berufschancen hätten letztlich auch wieder Einfluss auf das jeweilige Einkommen und damit auf den Binnenmarkt. Insofern sei auch die ‚Schulbeihilfe‘ für Kinder von Seiten der CDU-Fraktion ausdrücklich begrüßt worden. 30.000,00 € würden hierfür bereitgestellt, um es finanziell schwächer gestellten Familien wie Hartz-IV-Empfängern zu ermöglichen, dass Bildung auch für ihre Kinder möglich wird. Die Unterstützung in Form von Gutscheinen solle an den Familienpass angegliedert werden, so dass nicht nur Hartz-IV-Empfänger, sondern auch solche Familien, die hart an der Grenze zu Hartz IV lägen, wie Alleinerziehende, Familien mit Behinderten und Familien mit drei und mehr Kindern, in den Genuss dieser Förderung kommen könnten. Im Sozialausschuss sei dieses Thema fraktionsübergreifend behandelt worden, wobei darauf hingewiesen worden sei, dass ein Betrag von 347,00 € zum Leben nicht ausreichen könne. Man sei deshalb übereingekommen, dass sich der Rat der Stadt Burgdorf im Rahmen einer Resolution mit diesem Thema befassen und den Bund auffordern solle, eine Veränderung bei den Leistungen für Hartz-IV-Empfänger vorzunehmen.

Um das Ehrenamt zu fördern und zu stärken, spreche sich die CDU-Fraktion dafür aus, dem Seniorenrat einen Zuschuss in Höhe von 1.000,00 € zu gewähren.

Der demographische Faktor gehe auch an der Stadt Burgdorf nicht vorbei. Diese Stadt habe in den vergangenen Jahrzehnten eine hervorragende Jugendarbeit geleistet. Gleiches müsse deshalb nun für die immer älter werdende Gesellschaft dieser Stadt gelten. Umso bedauerlicher sei, dass die Mehrheitsgruppe dem Vorschlag der CDU-Fraktion nicht gefolgt sei, dem Verein ‚Bürger für Bürger e.V.‘ ebenfalls einen Zuschuss in Höhe von 500,00 € zu gewähren. Auch hier werde in aller Stille hervorragende ehrenamtliche Arbeit geleistet, die es nach Meinung der CDU-Fraktion zu unterstützen gelte.

Bezogen auf den Spendenaufruf des Fördervereins der St.-Pankratius-Kirche ‚Glocken für Burgdorf‘ habe die CDU-Fraktion ein entsprechendes

Finanzierungskonzept vermisst, weshalb man dem Vorschlag der Mehrheitsgruppe zur Zahlung eines Zuschusses von 10.000,00 € nicht gefolgt sei. Hier sei die CDU-Fraktion vielmehr bereit, bei Vorlage eines nachvollziehbaren Finanzierungsplanes, einen über diesen Betrag hinausgehenden Zuschuss zu leisten. Auch habe die Landeskirche bisher nicht erkennen lassen, dass für die Glocken in Burgdorf ein Zuschuss gewährt werde. Er brachte zudem in diesem Zusammenhang die Überlegung ins Spiel, ggf. auf Kirchenglocken stillgelegter Kirchen zurückzugreifen.

Weiter sprach er die Städtepartnerschaft Burgdorf/Schweiz im Jahr 2008 an, die in diesem Jahr dann 40 Jahre bestehe. Die Aufrechterhaltung dieser Partnerschaft werde weiterhin als wichtig von Seiten der CDU-Fraktion erachtet. Diese Partnerschaft lebe auch von der Vielfalt der Akteure. Insofern sei es wichtig, dass sich die Vereine und Verbände dieser Stadt in diese Partnerschaft mehr einbrächten als bisher. Es müsse daher das Ziel im kommenden Jahr sein, diese Begegnungen zu fördern.

Dass nunmehr die Flächen für das Gewerbegebiet Nord-West angekauft und entwickelt werden könnten, begrüße die CDU-Fraktion ausdrücklich. Burgdorf brauche dringend Gewerbe. Man müsse wieder mehr die Arbeit zu den Menschen bringen und nicht umgekehrt, dies auch vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Leider komme diese Entwicklung 10 Jahre zu spät.

Zu begrüßen sei auch, dass die Umbaumaßnahmen für die obere Hann. Neustadt in den Haushaltplan 2008 aufgenommen worden seien. Im Zuge der Umgestaltung der Innenstadt im Zusammenhang mit dem Neubau der B 188 n sei dies die erste dringende Umbaumaßnahme. Alle anderen Maßnahmen würden dann im Laufe des Jahres 2008 noch zu diskutieren sein. Auch trage die CDU-Fraktion den Haushaltsansatz zum Neubau des Kindergartens Nord-West mit. Es sei in der Vergangenheit immer wieder von der CDU-Fraktion deutlich gemacht worden, dass - wenn sich dieses Baugebiet entwickle - dann in diesem Bereich ein neuer Kindergarten erstellt werden müsse. Auch werde die CDU-Fraktion die vorgesehene Umgestaltung der ehemaligen Synagoge und die hiermit einhergehenden Verträge mit dem VVV mittragen. Der bisher in diesem Zusammenhang genannte Ablehnungsgrund sei nicht das Projekt selbst, sondern die vorgesehene Vertragsdauer von 20 Jahren gewesen. Hier habe die CDU-Fraktion das Ziel verfolgt, eine Vertragsdauer von 10 Jahren mit zweimaliger Verlängerungsoption von jeweils 5 Jahren anzustreben. Die Gründe lägen in dem Risiko, ob der VVV mit seinem künftigen ehrenamtlichen Engagement noch in 20 Jahren bereit und in der Lage sei, diese Arbeit zu leisten. Bezogen auf die Nutzung gehe die CDU-Fraktion davon aus, dass aufgrund der Historie dieses Gebäudes als Raum der Begegnung, als Ort der kulturellen Veranstaltungen und als Treffpunkt zur Erinnerung an Menschen dienen solle, die durch eine menschenverachtende Schreckenszeit ihr Leben verloren hätten. Daher auch die Anregung der CDU-Fraktion, die Gedenktafel für die deportierten und ermordeten Burgdorfer Juden in der Nazi-Zeit in der ehemaligen Synagoge unterzubringen. Im Gegensatz zum geplanten Standort im Obergeschoss des Schlosses, das nicht in dem Maße durch Besucher frequentiert werde, würde die Anbringung der Gedenktafel in der ehemaligen Synagoge eine ganz andere Wertigkeit erfahren.

Darüber hinaus mache man mit einer Gedenktafel an diesem Ort nicht nur die Besucher aus der Stadt Burgdorf darauf aufmerksam, dass sich solche

menschenverachtenden Zeiten wie die des Nationalsozialismus nie wiederholen dürften. Dass den Anfängen entschlossen entgegen getreten werden müsse, wenn es gegen Menschen gleich welcher Herkunft, gleich welcher Nationalität, gleich welcher Religion und gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gehe, verstehe sich von selbst. Die CDU-Fraktion habe im Übrigen erklärt, dass sie sich der Nutzung dieses Hauses nicht verschließe.

Aus Umweltschutzgründen lehne die CDU-Fraktion die Anschaffung der im Haushalt vorgesehenen Laubbläser ab. Vor dem Hintergrund der Klimaschutzdebatte und - wenn man den Umweltschutz ernst nehmen wolle - komme man nicht umhin, die Anschaffung derartiger Geräte abzulehnen. Er werde deshalb zu diesem Thema noch einen entsprechenden Antrag zur Abstimmung stellen.

Was die Veränderung des Feuerwehrhauses in Heeßel angehe, begrüße die CDU-Fraktion die Tatsache, dass ihrem Antrag vom vergangenen Jahr gefolgt werde und nunmehr in 2008 Planungskosten in den Haushalt eingestellt würden. Die Verwaltung sei zusammen mit der Feuerwehr aufgefordert, entsprechende Maßnahmen einzuleiten, über die dann diskutiert werden müsse. Vor dem Hintergrund der Schulwegsicherung werde auch die Schaffung von Parkplätzen vor der Grundschule in Otze begrüßt.

Nach entsprechender Debatte sei die CDU-Fraktion zu der Überzeugung gelangt, dass über 60 Jahre nach Ende des Weltkrieges auch der gefallenen Burgdorfer Bürger dieses Krieges gedacht werden sollte. Deshalb habe sich die CDU-Fraktion dafür ausgesprochen, 10.000,00 € in den Haushalt als Planungskosten einzusetzen. Sie könne jedoch auch damit umgehen, wenn sich diese Position mit lediglich 5.000,00 € im Haushalt wiederfinde. Er erinnerte daran, dass in den Ortschaften durch die Ehrenmale schon seit langem der nicht wiedergekehrten Mitbürger gedacht werde. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, dass es nunmehr an der Zeit sei, auch der Burgdorfer zu gedenken, die aus der verheerenden und verbrecherischen Völkerschlacht nicht wieder heimgekehrt und deren Nachfahren hier in Burgdorf immer noch zu Hause seien. Er plädiere deshalb dafür, so **Herr Obst**, in aller Sachlichkeit und unvoreingenommen über das Wie und Wo zu diskutieren. **Herr Lüdecke** habe bereits in der Verwaltungsausschusssitzung die vier Punkte angesprochen, die zu diskutieren seien. Man habe sich jedoch daraufhin verständigt, diese Bereiche mit in die Diskussion einfließen zu lassen.

**Herr Obst** wies darauf hin, dass die CDU-Fraktion nicht in allen Punkten mit den Haushaltsansätzen 2008 einverstanden sei. Jedoch finde man sich in den wesentlichen Punkten im Haushalt 2008 wieder, weshalb er vor diesem Hintergrund die Bereitschaft der CDU-Fraktion zur Zustimmung des Haushalts signalisierte.

Abschließend stattete er seinen Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere der Finanzverwaltung, ab und schloss in diesen Dank auch die übrigen Fraktionen für ihre faire Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen mit ein.

**Herr Fleischmann** teilte mit, dass er für das ‚Linksbündnis‘ den Haushaltsplanentwurf ablehne. Er begründete dies damit, dass für Grundstücksankäufe u.a. für das Gewerbegebiet Nord-West über 5 Mio. € mit den aufwändigen Erschließungsmaßnahmen im Haushalt angesetzt

seien. Hinzu kämen ca. 2,7 Mio. € für die erforderliche Kanalisation und die Straßenbeleuchtung mit dem Ergebnis, dass dann 4,2 Mio. € an Krediten aufgenommen werden müssten. Weitere Kreditaufnahmen seien in den Folgejahren erforderlich, um weitere millionenschwere Investitionen für diesen Bereich vorzunehmen. Gleichzeitig sei die Einnahmesituation bei der Gewerbesteuer völlig ungeklärt. Auch verschärfe sich die Einnahmesituation, weil das Land vor einem konjunkturellen Abschwung stehe, was heiße, dass künftig mit zurückgehenden Steuereinnahmen zu rechnen sei, wenn nicht sogar mit einbrechenden Steuereinnahmen. Von daher gesehen sei der Rat gut beraten, das Gewerbegebiet Nord-West eine gehörige Nummer kleiner ausfallen zu lassen. Für das Linksbündnis sei es unakzeptabel, über den Haushalt den Kauf des riesigen Areals zwischen dem Weststadt-Kreisel und den Bahnschienen zu beschließen. Mit diesem Projekt würden zugleich wichtige Investitionen an vielen anderen Stellen der Stadt verhindert.

So könnten beispielsweise mit diesem Geld die beiden Tunnel unter der Bahn verkehrsgerechter gestaltet werden (Kosten ca. 100.000,00 €). Weiter könnte die Stadt das Essgeld für Bedürftige in den Kindertagesstätten ganz abschaffen (Kosten knapp 10.000,00 €). 20,00 € pro Kind/Monat seien immer noch zuviel für Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger. Die Stadt könnte den Hilfsfond für bedürftige Schüler von 40,00 pro Kind auf 100,00 € pro Kind/Jahr aufstocken (Kosten ca. 30.000,00 €). Die Heeßeler Feuerwehr könnte die sehnlichst erwartete Erweiterung des Feuerwehrhauses (Kosten rd. 500.000,00 €) oder aber den Neubau eines Feuerwehrhauses an anderer Stelle bei gleichzeitiger Verwendung des bisherigen Feuerwehrhauses als Gemeinschaftshaus erhalten. Die Kosten für dieses Feuerwehrhaus beliefen sich auf etwa 1 Mio. €, wobei dies größenabhängig sei. Vor dem Hintergrund der aktuellen Steuereinnahmen der Stadt hätte die Stadt als mitmenschliche Geste den Hartz-IV- und Sozialhilfeempfängern für jedes Jahr eine Weihnachtbeihilfe in Höhe von 80,00 € zahlen können. Hier sei durch die Hartz-IV-Gesetze die bisherige Sozialhilfevorsorge einer Weihnachtbeihilfe abgeschafft worden. Der Antrag, den das Linksbündnis zu diesem Thema gestellt habe und der abgelehnt worden sei, hätte 70.000,00 € gekostet. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen, wobei aufgrund der Einnahmesituation die Stadt diese Beträge hätte sicher zahlen können. Hier werde der Haushalt einseitig auf das Gewerbegebiet Nord-West ausgerichtet, während andererseits wichtige Sozialausgaben und notwendige Investitionen in anderen Bereichen nötig wären. Der Haushalt sei eine Reise in das finanzielle Abenteuer. Das Linksbündnis könne daher diesem Haushalt nicht zustimmen.

**Herr Lüdecke** wies darauf hin, dass auf Dauer nur das ausgegeben werden könne, was vereinnahmt werde, weshalb er auf die vier entsprechenden Einnahme-Quellen des Haushalts hinwies. Dies seien zum einen die Gewerbesteuer, zum anderen der Anteil an der Einkommenssteuer, darüber hinaus die Grundsteuern und letztlich die Schlüsselzuweisungen des Landes. Man habe daher nur wenig Einflussmöglichkeiten. Die entscheidende Stellschraube der Einnahmenseite sei deshalb die Gewerbesteuer. Ausdrücklich werde daher von Seiten der FDP-Fraktion der Einsatz von Geldern für den Ankauf von Gewerbeflächen und für die Erschließung des Gewerbegebietes Nord-West begrüßt. Dies sei zwingend notwendig, um Unternehmen in Burgdorf anzusiedeln, damit Arbeitsplätze zu schaffen und mittelfristig die Einnahme-Situation zu verbessern. Hier sei der Staat verpflichtet, sich antizyklisch zu verhalten. Es sollten daher in Zeiten, in denen die Wirtschaft sich nicht in der

Hochkonjunktur befinde, Gewerbeflächen entwickelt werden, um diese dann in Zeiten der anziehenden Konjunktur anzubieten, um zu diesem Zeitpunkt Gewerbebetriebe an sich zu binden. Es sei deshalb dringend notwendig, jetzt die Erschließung voranzutreiben, um ansiedlungswillige Firmen zu binden.

An Herrn Fleischmann gewandt, teilte **Herr Lüdecke** mit, dass in einem solchen Fall die Gelder durchaus an die Stadt Burgdorf zurückfließen, zum einen über die Veräußerungserlöse und Erschließungskosten und zum anderen über die Gewerbesteuer und letztlich über den Anteil der Einkommenssteuer für die Beschäftigten, die in diesen Betrieben Lohn und Arbeit fänden. Dass dies mit Risiken behaftet sei, stehe nicht in Abrede, jedoch ließe sich die Erschließung von Gewerbegebieten nicht risikolos durchführen. Bei dem momentanen konjunkturellen Aufschwung sei jedoch das Risiko der Vermarktung aus seiner Sicht gesehen gering. Die zweite Einnahmensäule sei die Beteiligung an der Einkommenssteuer. Hierbei sei darauf hinzuweisen, dass Burgdorf Einwohner verliere. Der in den 90-er Jahren zu verzeichnende Trend von Hannover in das Umland - insbesondere bei jungen Familien mit Kindern - liefe jetzt gegenteilig zugunsten der Stadt Hannover. Diesem Trend könne nur entgegen gewirkt werden, wie es derzeit auch geschehe, indem neue Siedlungsgebiete ausgewiesen würden. Insbesondere bei dem Siedlungsgebiet ‚Heineckenfeld‘ sei dies auch für die Stadt nicht risikobehaftet, zumal die HRG die Vermarktung vornehme.

Zu dem Thema Einkommenssteuerbeteiligung gehöre dann auch das Thema Innenstadtentwicklung. Die FDP spreche sich dafür aus, die Innenstadtentwicklung auf der Basis des Theine-Gutachtens voranzubringen, wobei die hierfür eingeplanten Gelder von 1,4 Mio. € nach 2008 eingesetzt werden sollten. Ziel müsse es sein, die Innenstadt attraktiv zu gestalten mit dem Ergebnis, nicht nur Einzelhandel und Gastronomie zu fördern, sondern auch attraktive Wohnungen anzubieten. Im Zusammenhang mit dem Thema Innenstadtentwicklung müsse aus Sicht der FDP-Fraktion auch mittelfristig, aber mit Blick über das Jahr 2011 hinaus, der Bau eines Rathauses mit eingeplant werden. Er verwies hierbei auf die Vorstellungen des Umweltministers, der sich dafür einsetze, dass künftig öffentliche Bauten energetischen Ansprüchen genügen. Aus diesem Grund sollte - so **Herr Lüdecke** - sich die Stadt Burgdorf zumindest mittelfristig diesen Überlegungen gegenüber nicht verschließen. Weiter verwies er in diesem Zusammenhang darauf, dass die bisherigen Verwaltungsgebäude, hierauf habe der Stadtmarketing-Verein verwiesen, durchaus in ein Stadtentwicklungskonzept passten. Aus Sicht der FDP-Fraktion sollte die Diskussion im nächsten Jahr begonnen werden, um mittelfristig zu einer entsprechenden Entscheidung zu kommen.

Sodann führte **Herr Lüdecke** zu den Ansätzen des Verwaltungshaushaltes aus, dass aus Sicht der FDP-Fraktion zunächst der Bereich Bildung sehr wichtig sei. Hierzu gehöre beispielsweise die Förderung der frühkindlichen Erziehung. Es sei bereits ausgeführt worden, dass der Bereich der Sprachausbildung in den Kindertagesstätten gefördert werden solle. Für die FDP-Fraktion sei es sehr wichtig, dass in diese Förderung nicht nur die städt. Kindergärten, sondern auch die Kindergärten freier Träger eingebunden würden. Außerdem gehöre zu diesem Bereich die außerschulische Bildung, wobei er insbesondere den Bereich der Musikschule und der Sportvereine herausstellte. So werde insbesondere die Erhöhung des Ansatzes für die Musikschule begrüßt.

Da von der derzeitigen Schülergeneration die Hauptzeit des Tages vor dem Fernseher oder vor dem PC verbracht werde, würde das Lesen bzw. die Sprachausbildung zurückgebildet werden, weshalb es umso wichtiger sei, dass in diesem Bereich mit einem qualitativ guten Angebot die städt. Bibliothek präsent sei, um hier Defizite auszugleichen. Insofern werde auch das von Herrn Kauter eingangs angesprochene Konzept unterstützt, mit Marketingmaßnahmen junge Leute anzuregen, das Angebot der städt. Bibliothek in Anspruch zu nehmen. Zum Thema ‚Beruf und Familie‘ sei von den Vorrednern das Angebot der neuen Krippenplätze bereits angesprochen worden. Hier sei die Schaffung neuer Krippenplätze ebenfalls ein Anliegen der FDP-Fraktion.

Weiter sprach er den Kulturbereich an. Hier bezeichnete er zunächst den Ankauf des Gebäudes der ehemaligen Synagoge für Zwecke des Museums aus privaten Mitteln und damit ohne Belastung des städt. Haushalts und zugleich die Betreuung der Nebenstelle des Museums mit ehrenamtlichen Kräften des VVV als lobenswerte Maßnahme, die von allen unterstützt werden sollte. Jedoch betrachte er in diesem Zusammenhang den Vorschlag der CDU-Fraktion, einen Vertrag über 10 Jahre mit zwei Verlängerungsoptionen über jeweils 5 Jahre abzuschließen, für sinnvoller als die vorgeschlagene Mietdauer von insgesamt 20 Jahren. Die Ablehnung dieses Vertrages bedeute für die FDP-Fraktion jedoch nicht die Ablehnung der Gesamtmaßnahme, da diese aus Sicht der FDP-Fraktion zu interessant sei, um insgesamt abgelehnt zu werden. Insbesondere könne die kulturelle Vielfalt durch das Angebot in diesem Haus in der Stadt Burgdorf nur gewinnen.

Erwähnenswert sei auch das Thema ‚Glocken für Burgdorf‘. Er verwende, so **Herr Lüddecke**, ausdrücklich den Begriff ‚Glocken für Burgdorf‘ und nicht den Begriff ‚Glocken für St.-Pankratius‘. Vor diesem Hintergrund sei auch die Spendenbereitschaft der Burgdorfer Bürger sehr groß, weil begriffen worden sei, dass es ‚ihre‘ Glocken seien, was auch dadurch zum Ausdruck komme, dass innerhalb kurzer Zeit das Spendenaufkommen auf 75.000,00 € angewachsen sei. Die über den Haushalt bereitgestellte Spende der Stadt Burgdorf von 10.000,00 € bedeute ein Spendenbeitrag von 4 % der aufzubringenden Gesamtsumme und werde daher nur als symbolischer Beitrag gewertet. Er wies in diesem Zusammenhang jedoch darauf hin, dass in der Regel Kirchenglocken aus Bronze gegossen würden, deren Haltbarkeit bei etwa 300 Jahren liege. Aufgrund bestimmter Ereignisse in Kriegszeiten habe jedoch der Staat eingegriffen, diese Glocken ausgebaut und durch Eisenglocken ersetzt. Eisenglocken hätten gegenüber Bronzeglocken jedoch nur eine Haltbarkeit von 80 Jahren. Es sei daher auch Sache des Rates, hier mit einer Summe zu helfen, die es ermögliche, wieder Bronzeglocken zu installieren mit einer vergleichsweise längeren Haltbarkeit. Die in den Haushalt eingesetzten 10.000,00 € seien aus Sicht der FDP-Fraktion eine angemessene Summe, die es zu unterstützen gelte.

Als einen weiteren Punkt sprach er das Jugendamt der Stadt Burgdorf an. Unwiderrprochen sei hierbei der große Vorteil, wenn die Stadt Burgdorf ein eigenes Jugendamt vorhalte. Es gebe hier jedoch eine Gerechtigkeitslücke. So gebe es eine Anzahl von Städten in der Region Hannover, die kein eigenes Jugendamt vorhielten. Während die Stadt Burgdorf 80 % der Jugendamtskosten erstattet bekomme, würden für diese Städte die Jugendamtskosten durch die Region Hannover zu 100 % getragen. Die FDP-Fraktion habe deshalb in der Regionsversammlung den Antrag gestellt, diese Gerechtigkeitslücke dadurch zu schließen, dass die Region Hannover

Standards festlege, gleichgültig, wer damit arbeite, die Region Hannover selbst oder die Städte mit Jugendämtern. Ziel hierbei sei es, dass die Region Hannover für diese Standards 100 % der Kosten übernehme, während die von den Städten über die Standards hinaus erbrachten Leistungen selbst getragen werden sollten. Dies würde bedeuten, dass die Stadt Burgdorf künftig besser gestellt werde, während die Stadt Garbsen schlechter gestellt würde. Dieser Antrag sei leider in der Regionsversammlung nicht durchgegangen. Jedoch habe die Verwaltung der Region jetzt eine ähnliche Regelung unterbreitet, so dass damit zu rechnen sei, dass ein Ausgleich zwischen den Städten mit Jugendämtern und den Städten ohne Jugendämter bzw. Städten, die diese Aufgaben durch die Region Hannover erledigen ließen, erfolge. Dies sei eine Regelung, die sich die Stadt Burgdorf nur wünschen könne. Auf jeden Fall sollten auch künftig die Leistungen des Jugendamtes erbracht werden.

Zum einen, so **Herr Lüddecke**, gebe es einen ausgeglichenen Verw.-Haushalt und zum anderen im Bereich des Vermögenshaushaltes aus Sicht der FDP-Fraktion sinnvolle Investitionen. Beides sei von der Verwaltung gut begründet vorgelegt worden. Da auch die Hebesätze für den Bereich der Gewerbe- und der Grundsteuer nicht angehoben worden seien, werde die FDP-Fraktion diesem Haushalt zustimmen. Im Namen der FDP-Fraktion könne gegenüber der Verwaltung nur Dank gesagt werden für die im Rahmen der Haushaltsberatungen gewährte Unterstützung und auch für die Vorlage eines wirklich ausgewogenen Haushaltes, der die Aufgaben der Stadt Burgdorf ausreichend berücksichtige und mutige neue Ansätze bringe.

**Herr Braun** ging auf die historische Entwicklung des Gewerbegebietes Nord-West ein, wobei er darauf hinwies, dass zunächst die Flächen nicht zur Verfügung gestanden hätten und weiterhin der bisher vorgegebene finanzielle Rahmen nur eine kleinteilige Entwicklung des Gewerbegebietes zugelassen habe. Nunmehr habe sich zum einen die Haushaltssituation verbessert, gleichzeitig ständen auch die Flächen zur Verfügung, weshalb sich auch die Fraktion der Grünen für die Entwicklung des Gewerbegebietes ausspreche. Zugleich müsse berücksichtigt werden, dass die hier getätigten Investitionen nicht unmittelbar zurückfließen. Man hege jedoch die Hoffnung auf die Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen, was gleichzeitig eine Investition in die Zukunft bedeute, für die es sich lohne, die Mittel bereitzustellen.

Der zweite Schwerpunkt des Haushaltes sei die familiäre und die soziale Situation der Menschen in der Stadt. Hier seien u.a. zunächst die Krippenangebote zu nennen, die den tatsächlichen Bedürfnissen der jungen Familien entsprächen. Darüber hinaus solle ein neuer Kindergarten gebaut werden, wobei der Einstieg in 2008 erfolge. In diesem Zusammenhang könne man davon sprechen, dass zusammen mit dem Krippenangebot die Rahmenbedingungen für junge Familien verbessert würden. Ein weiterer Bereich seien die Investitionen in den Schulen. Es sei aus seiner Sicht als wichtig zu erachten, wenn beispielsweise mit geringeren Summen Umbauten in der Realschule und der Gudrun-Pausewang-Grundschule realisiert würden. So könnten durch Umbauten Räume frei werden, die beispielsweise einen Ganztagsbetrieb der Schule ermöglichen. In eine ähnliche Richtung zielten die Umbauten im Gymnasium zur Errichtung der Cafeteria. Er hoffe, dass diese Umbauten ebenfalls in Richtung der Verwirklichung einer Ganztagschule gehen könnten. Voraussetzung sei allerdings, dass das Lehrerkollegium einen entsprechenden Antrag stelle. Nur so könne Burgdorf sich zu einem modernen Schulstandort entwickeln.

Weiter sprach er die sozialen Ambivalenzen an, die durch die Hartz-IV-Reformen ausgelöst worden seien. Letztlich würden die Kommunen in die Pflicht genommen, obwohl die eigentliche Verpflichtung sowohl beim Land als auch beim Bund liege, die sich beide jedoch seit Jahren dieser Verantwortung schrittweise entzögen. Der Hartz-IV-Satz sei viel zu niedrig, um für die betroffenen Schüler einen ordnungsgemäßen Schulbesuch zu gewährleisten. Es stehe die Überlegung an, ggf. im Rahmen einer Resolution des Rates gegenüber dem Bund eine entsprechende Meinung zu äußern.

Weiter sprach **Herr Braun** das Tierheim an, dessen Arbeit eine soziale Komponente enthalte, zumal sich viele Jugendliche an den Nachmittagen um die Tiere kümmerten und so einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgingen. Es stehe die Überlegung an, ggf. aus den Hundesteuereinnahmen einen entsprechenden Zuschuss dem Tierheim zukommen zu lassen.

Ebenso sprach er die Nutzung der ehemaligen Synagoge als Ort der Begegnung und als Museum an. Seine Vorstellung gehe dahin, diese Räumlichkeiten als soziale Begegnungsstätte zu nutzen. Bezogen auf die Überlegungen zum ‚Ehrenmal‘, teilte **Herr Braun** mit, dass aus seiner Sicht im Rahmen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe Überlegungen zur Verwirklichung dieses Wunsches angestellt werden sollten. Hierbei sollte nicht nur der gefallenen Soldaten, sondern darüber hinaus auch der übrigen Opfer, wie schon erwähnt, gedacht werden.

**Herr Schulz** ging zunächst in seinem Beitrag auf den ausgeglichenen Verwaltungshaushalt ein, der dazu einlade, Begehrlichkeiten entstehen zu lassen. An der Entwicklung des Schuldenstandes sei erkennbar, dass in den Zeiten, in denen aufgrund gesetzlicher Vorgaben gespart werden musste, beispielsweise der Schuldenstand von 1999 in Höhe von 16,1 Mio. Euro bis zum Jahre 2007 auf etwa 13,5 Mio. Euro gesunken sei. Der Grund, weshalb dies von ihm angesprochen werde, liege in dem mit rd. 5 Mio. Euro vorgesehenen Grunderwerb für das Gewerbegebiet Nord-West. Bei derartigen Flächenankäufen sei es bisher immer Regel gewesen, zunächst die Flächen anzukaufen und hiernach die Bebauungspläne zu erstellen. Im Vorfeld der Diskussionen zu dieser Gewerbeentwicklung sei die ursprüngliche Absicht gewesen, in 10 ha-Schritten, beginnend von West nach Ost, die Gewerbeflächen zu entwickeln und zu vermarkten. Bei entsprechender sinnvoller Nutzung hätten dann auch die Erschließungskosten gering gehalten werden können mit dem Effekt einer geringeren Vorfinanzierung. Zu beachten sei auch, dass für die Entwässerung in diesem Gebiet hohe Kosten entstünden, weil die Flächen in einem Wasserschutzgebiet liegen. Zu beachten sei weiter, dass das Wasserwerk einen erheblichen Teil an Konzessionsabgaben an die Stadt Burgdorf abführe, worauf auch in Zukunft nicht verzichtet werden könne. Beim Erwerb dieser Gewerbeflächen störe ihn das ‚Zufälligkeitsprinzip‘. Weil jetzt ein Grundstückseigentümer bereit sei, seine Flächen zu veräußern, würde in der Folge ein ‚Flickenteppich‘ an städt. Eigentumsflächen entstehen. Das Ergebnis sei, dass diese Flächen so nicht entwickelt werden könnten. Hier müsse einiges geschehen. So gebe es u. a. eine Behörde in Hannover, die GLL (Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften), die sich beispielsweise beim Bau der B 3 und der B 188 n positiv eingebracht habe. Es sei durchaus möglich, im Wege der Umlegung sinnvolle Flächen zu schaffen. Gleichzeitig bestehe auch die Möglichkeit, Tauschflächen im Rahmen des

Flurbereinigerungsverfahren zu erwerben. Das Problem beim Gewerbegebiet Nord-West bestehe darin, dass im Umland - innerhalb der Region Hannover - genügend Gewerbegebietsflächen in guter Lage verfügbar seien, wenn man z.B. an Flächen in Lehrte denke. Auch innerhalb Burgdorfs habe man durchaus konkurrenzfähige Angebote, denn durch die B 188 n würden auch die Gewerbeflächen in Hülptingsen aufgewertet. Auch das Gelände der ‚Raiffeisen‘ müsse hier mit einbezogen werden. Außerdem würde die Landesregierung für einen sparsamen Umgang mit Grund und Boden auch im Zusammenhang mit dem demographischen Faktor plädieren. So versuche das Land im Rahmen eines Modellvorhabens, an dem er mitwirken könne, die Ortskerne zu stärken, unter gleichzeitigem Verzicht, in Randbereichen Neubaugebiete auszuweisen, um die vorhandene Bausubstanz wieder mit Leben zu füllen. Wie bereits durch die Vorredner angesprochen, bestehe bei dem Gewerbegebiet Nord-West das Risiko, dass über einen längeren Zeitraum Flächen vorfinanziert werden müssten. Er wies darauf hin, dass durchaus Konkurrenz in diesem Baugebiet im Verhältnis zum Gewerbegebiet Hülptingsen dadurch entstehen könne, dass sich beispielsweise im Gewerbegebiet Nord-West ebenfalls ein Baumarkt ansiedele. Auch bat er zu berücksichtigen, dass die Weststadtbewohner sowohl einen Verbrauchermarkt Aldi als auch die Ansiedlung von McDonald forderten. Mit Blick auf das Einzelhandelskonzept würden von ihm die Abwanderungsverluste von Käuferschichten aus der Innenstadt nicht so hoch bewertet, wie etwa durch das neu entstehende ECE-Zentrum am Hauptbahnhof in Hannover. Mit Verweis auf die durch das Land zur Verfügung stehenden Gelder bat er darum, die Möglichkeiten der Flurbereinigung bzw. der Schaffung von Umlegungsflächen zu nutzen. Er stellte den Antrag, weitere 2 Mio. Euro an Kreditmarktmitteln bereitzustellen und diese ausschließlich für den restlichen Erwerb von Flächen für das Gewerbegebiet Nord-West zu nutzen.

**Ratsmitglied Unverzagt** teilte mit, dass er ebenso wie das Ratsmitglied Fleischmann hinsichtlich der Kreditaufnahme für den Baulandankauf des Gewerbegebietes Nord-West Befürchtungen dahingehend habe, dass die Vermarktung der Gewerbeflächen aufgrund der Situation am Markt nicht so zügig erfolgen könne, wie es allgemein dargestellt werde. Dem gegenüber erteilte er den Vorstellungen des Ratsmitgliedes Fleischmann eine Absage, wenn dieser annehme, dass durch Umbaumaßnahmen der Fußgänger- und Radwegetunnel unter der Bahn das Risiko gänzlich entschärft werde. Hier handele es sich eindeutig um ein Fehlverhalten der Verkehrsteilnehmer, das zu Unfällen führe. Die Situation könne nicht durch Umbaumaßnahmen geändert werden. Es müsse vielmehr eine Bewusstseinsveränderung der Verkehrsteilnehmer einsetzen. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf das Fehlverhalten der Fahrzeugführer in der Innenstadt. Hier könne nur an die Vernunft und an das Verantwortungsbewusstsein der Verkehrsteilnehmer appelliert werden. Gegensteuern könne man nur mit entsprechenden strengen verkehrserzieherischen Maßnahmen.

Als unstrittig schwierig bezeichnete er die Situation der Hartz-IV-Empfänger bzw. der Kinder von Hartz-IV-Empfängern. Insbesondere wenn man bedenke, dass gegenwärtig 10 - 20 % der Schulabgänger ohne jeden Abschluss die Schule verließen, müsse nicht nur im vorschulischen Bereich, sondern auch im schulischen Bereich etwas unternommen werden. Aufgrund der Tatsache, dass die Kinder mit Lernstoffen überflutet würden, müsse künftig die Diskussion in diesem Bereich auch dahin gehen, sich über die Menge der Lerninhalte zu unterhalten. Auch seien sowohl Bund als auch Land beim Einstieg in die ‚Ganztagsschule‘ gefordert.

Weiter wies er darauf hin, dass man sich in naher Zukunft ggf. Gedanken um ein neues ‚Rathaus‘ machen müsse. Er warnte gleichzeitig davor, dass die vorhandenen Gebäude einer für die Stadt Burgdorf kostenträchtigen Nachnutzung zuzuführen, wie beispielsweise sein Vorredner Herr Fleischmann dies bei einem eventuellen Neubau des Feuerwehrhauses Heeßel mit der Weiternutzung des bisherigen Gebäudes angeboten habe. Der zurzeit ausgeglichene Verwaltungshaushalt verleite dazu, Begehrlichkeiten zu wecken, vor denen er warne, sie zu erfüllen, weil dies die finanziellen Spielräume auf Dauer einenge.

**Bürgermeister Baxmann** ging noch einmal auf die Entwicklung des Gewerbegebietes Nord-West ein, indem er darauf verwies, dass aufgrund der bisherigen strukturellen Defizite sich erst jetzt die aufgezeigten Entwicklungsmöglichkeiten ergäben. Tatsache sei auch, dass das Gewerbegebiet Nord-West erst mit der Anbindung an die B 188 n die Qualität erhalte, die es möglich mache, die Vermarktungschancen erheblich zu erhöhen. Diese Voraussetzungen seien in der Vergangenheit nicht gegeben gewesen. Hinzu komme, dass nunmehr der Eigentümer, der erhebliche Teile der für die Entwicklung des Gewerbegebietes benötigten Grundstücksflächen besitze, aufgrund seines Lebensalters bereit sei, den Gesamtbesitz zu veräußern. Die ursprüngliche Vorstellung der Stadt Burgdorf, kleinteilige Abschnitte zu erwerben und zu vermarkten, sei damit nicht durchzuhalten gewesen, weshalb der vorgelegte Haushalt auch diese neue Situation berücksichtige. Auch widerspreche er den Darstellungen von Herrn Lüddecke, dass manche Gewerbebetriebe ‚abgewandert‘ seien, weil die Stadt Burgdorf keine entsprechenden Flächen habe anbieten können. Er verwies darauf, dass gerade in jüngster Zeit ein Gewerbebetrieb den Bereich der Stadt Burgdorf verlassen habe, weil Burgdorf die Fördermöglichkeiten eines Ziel-1-Gebietes, welches im Bereich des Landkreises Celle beginne, nicht bieten könne. Auf keinen Fall habe es Abwanderungen gegeben, weil keine entsprechenden Gewerbeflächen angeboten werden konnten. Was die Gewerbeentwicklung Nord-West angehe, handele es sich hierbei auch vor dem Hintergrund des nunmehr gegebenen Autobahnanschlusses um eine in die Zukunft gerichtete Investition. Nicht in Abrede stehe, dass zunächst vorfinanziert werden müsse. Dies sei aber eine Investition zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Zukunftssicherung der Stadt.

**Beigeordneter Rohde** verwahrte sich dagegen, dass mit der Einsetzung von 5.000,00 € Planungskosten ein ‚Gefallenendenkmal als ‚Heldengedenkstätte‘ errichtet werden solle. Selbstverständlich sei jedoch, dass von der CDU-Fraktion mit dem Denkmal an die Namen der gefallenen Soldaten erinnert werden solle. Sein besonderer Dank ging an den Kämmerer Herrn Philipps und seine Mitarbeiter für die im Rahmen der Haushaltsberatungen geleistete qualitätsvolle Arbeit.

**Ratsherr Alker** bat die Verwaltung zu überprüfen, ob das Angebot in der Mensa der Realschule Burgdorf nicht auch von anderen Schulen in der Innenstadt genutzt werden könne.

Eine ähnliche Situation ergebe sich im Bereich des Schulzentrums, wobei auch das Gymnasium entsprechende Überlegungen anstellen könne. Es gehe ihm darum, den Schulstandort Burgdorf zu stärken. Hierbei sei auch die Bezuschussung des Landes Niedersachsen für die Mittagsverpflegung in Betracht zu ziehen. Er empfehle, dass sich die Verwaltung dieses Themas intensiv annehme. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass in den Nachbarkommunen Lehrte und Sehnde festgestellt worden sei, dass

aufgrund der Situation der Hartz-IV-Empfänger viele Kinder nicht mehr am Mittagessen teilnahmen. Die Stadtverwaltung Lehrte habe sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt und eine Vorlage für den Rat erarbeitet.

Weiter bezeichnete er es als positiv, dass dem Burgdorfer Tierheim durch den Haushalt 2008 ein Zuschuss in Höhe von 4.000,00 € gewährt werden könne.

Im Anschluss hieran stellte **Ratsmitglied Obst** den Antrag, die vorgesehene Anschaffung der ‚Laubbläser‘ abzulehnen und bat um entsprechende Abstimmung.

**Ratsvorsitzender Walter** stellte zunächst den von Herrn Schulz vorgetragene Antrag zur Erhöhung der Kreditaufnahme um 2 Mio. Euro zwecks zusätzlichem Flächenankauf von Grundstücken für das Gewerbegebiet Nord-West zur Abstimmung.

**Mit drei Ja-Stimmen, einer Enthaltung und 29 Nein-Stimmen wurde dieser Antrag abgelehnt.**

Hiernach ließ **Ratsvorsitzender Walter** über den Antrag von Herrn Obst zur Ablehnung der Anschaffung der Laubbläser abstimmen.

**Bei 18 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wurde diesem Antrag zugestimmt.**

Mit dieser Veränderung (Reduzierung des Ansatzes für die Laubbläser) stellte hiernach **Ratsvorsitzender Walter** den Haushalt insgesamt zur Abstimmung.

**Bei 1 Gegenstimme und 32 Ja-Stimmen beschloss der Rat, die dem Originalprotokoll als Anlage B beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2008 zu erlassen.**

## **7. Entwurf der Finanzplanung 2007 - 2011 und des Investitionsprogrammes** **Vorlage: 2007 0245**

---

### **7.1. Finanzplanung 2007 - 2011 mit Investitionsprogramm** **Vorlage: 2007 0245/1**

---

**Ratsmitglied Leppert** wies darauf hin, dass die Stadt sich neben der Nettoneuverschuldung 2008 auch im Jahre 2009 nochmals um 1,7 Mio. Euro netto neu verschulde, wobei diese Verschuldung für Investitionsvorhaben vorgesehen sei. Zu berücksichtigen sei, dass der Verwaltungshaushalt 2008 nicht nur ausgeglichen sei, sondern eine freie Spitze für Investitionen erwirtschaften werde. Bemerkenswert für die Finanzplanung sei die Tatsache, dass allein für Baumaßnahmen in dem Zeitrahmen von 2007 - 2011 Investitionen in Höhe von 25 Mio. Euro vorgesehen seien. Für den Erwerb von Grundstücken seien Ausgaben von rd. 11 Mio. Euro vorgesehen. Diese Maßnahmen seien erforderlich, um Burgdorf ‚zukunftsfähig‘ zu machen. Er

verwies darauf, dass viele Investitionen, wie z.B. der Schallschutz in den Schulen, der Kindergarten in Nord-West, die Renovierung der Sporthalle an der Realschule, die Erschließung von neuen Baugebieten oder die Maßnahmen im Rahmen der Umgestaltung der Innenstadt notwendig seien und keinen Aufschub duldeten. Daher sei auch die vorgesehene Kreditaufnahme aus Sicht der SPD-Fraktion sinnvoll und notwendig. In den Jahren 2010 und 2011 sehe die Finanzplanung die Tilgung von Darlehen vor, so dass die Nettoneuverschuldung am Ende des Planungszeitraumes nur bei 3,8 Mio. Euro liegen werde. Auf der Einnahmen-Seite unterliege man stark den bundesweiten wirtschaftlichen Entwicklungen bzw. sei von diesen abhängig. Gegenwärtig würden die Einnahmen aus der Beteiligung an der Einkommens- und Körperschaftssteuer sprudeln, wobei sich in der Zukunft durchaus negative Änderungen ergeben könnten. Die zu tätigen Investitionen seien jedoch notwendig, um Burgdorf als lebens- und liebenswerte Stadt zu erhalten.

Bei einer Gegenstimme und 30 Ja-Stimmen fasste der Rat nachfolgenden Beschluss:

**‚Der Rat nimmt von der vorgelegten Finanzplanung des Zeitraumes 2007 bis 2011 Kenntnis und beschließt gem. § 40 Abs. 1 Ziff. 8 NGO das Investitionsprogramm zu den Finanzplanungen 2007 bis 2011 in der Form, wie es sich unter Berücksichtigung der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltssatzung 2008 ergibt (Anlage C zum Originalprotokoll).‘**

8. **2. Satzung zur Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Burgdorf**  
**Vorlage: 2007 0218**
- 

**Einstimmig**, bei 32 Ja-Stimmen, fasste der Rat nachfolgenden Beschluss:

**‚Der Rat beschließt, die 2. Satzung zur Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Burgdorf vom 17.04.1997 (in der der Originalniederschrift als Anlage D beigefügten Fassung) zu erlassen.‘**

9. **Vertretung der Stadt Burgdorf in der Arbeitsgemeinschaft für 'Historische Fachwerkstädte e.V.';**  
**hier: Wechsel in der Person**  
**Vorlage: 2007 0049/1**
- 

**Mit 31 Ja-Stimmen fasste der Rat zu Ziffer b) der Vorlage 2007 0049/1 formulierten Beschluss.‘**

10. **Jugendhilfeausschuss;**  
**hier: Wechsel in der Besetzung der beratenden Mitglieder**  
**Vorlage: 2007 0022/3**
-

Bei 31 Ja-Stimmen fasste der Rat den zu Ziffer 2 der Vorlage 2007 0022/3 formulierten Beschluss.

**11. Verzicht des Ratsmitgliedes Alexander Leunig auf seine Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2007 0280**

---

**Bürgermeister Baxmann** würdigte das Engagement des Ratsmitgliedes Leunig, der bereits mit 19 Jahren Mitglied des Rates der Stadt Burgdorf geworden sei und in verschiedenen Ausschüssen bis hin zur Wahrnehmung der Aufgabe des Vorsitzenden des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport gewirkt habe. Zudem habe er auch seine Sachkompetenz in die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke bzw. der Wirtschaftsbetriebe Burgdorf eingebracht. Er wünschte Herrn Leunig für seinen weiteren beruflichen Werdegang als Rechtsanwalt viel Erfolg und gab der Hoffnung Ausdruck, dass dieser ggf. zu einem späteren Zeitpunkt wieder in den Rat der Stadt Burgdorf zurückkehre.

Er überreichte Herrn Leunig ein in Blei gefasstes Wappen, einen Stofflöwen und einen Blumenstrauß als Abschiedsgeschenk der Stadt Burgdorf.

**Ratsherr Leunig** bedankte sich bei den Kolleginnen und Kollegen des Rates, den Zuhörern und den Mitgliedern der Verwaltung, hielt einen kurzen historischen Rückblick auf die von ihm geleistete Ratsarbeit und dankte den Bürgern für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen.

**Ratsherr Obst** verwies in seiner Dankesrede an Herrn Leunig nicht nur auf die Zeit der Ratsmitgliedschaft des Herrn Leunig innerhalb der CDU-Fraktion, sondern auch auf die Zeiten zuvor, als Herr Leunig zusammen mit ihm an Ferienmaßnahmen von Jugendlichen mitgewirkt habe.

Einstimmig fasste der Rat den zu Ziffer b) der Vorlage 2007 0280 formulierten Beschluss:

**„Der Rat der Stadt Burgdorf stellt gem. § 37 Abs. 2 NGO fest, dass die Voraussetzungen zur Beendigung der Mitgliedschaft des Ratsmitgliedes Alexander Leunig im Rat der Stadt Burgdorf nach § 37 Abs. 1 Nr. 1 NGO vorliegen. Der Ratssitz wird mit Wirkung zum 31.12.2007 frei.“**

**11.1. Beendigung der Mitgliedschaft im Rat des Ratsmitgliedes Alexander Leunig;  
hier: Neubildung des Verwaltungsausschusses und verschiedener Fachausschüsse  
Vorlage: 2007 0280/2**

---

**11.2. Verzicht des Ratsmitgliedes Alexander Leunig auf seine Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf;  
hier: Stellv. Mitglied im Präventionsrat  
Vorlage: 2007 0280/3**

---

- 11.3. Beendigung der Ratsmitgliedschaft des Ratsmitgliedes Alexander Leunig zum 31.12.2007;  
hier: Benennung eines Nachfolgers/einer Nachfolgerin als Mitglied für die Gesellschafterversammlung der 'Wirtschaftsbetriebe Burgdorf GmbH'  
Vorlage: 2007 0280/4**
- 

**Ratsmitglied Obst** teilte mit, dass zu den Tagesordnungspunkten 11.1 Vorlage 2007 0280/2, 11.2 - Vorlage 2007 0280/3 und 11.3 - Vorlage 2007 0280/4 erst in der Ratssitzung am 24.01.2008 von Seiten der CDU-Fraktion eine personelle Benennung vorgenommen werde und daher der Ratsbeschluss erst in dieser Ratssitzung zu fassen sei.

**Ratsvorsitzender Walter** führte aus, dass dann diese Vorlagen erneut in der Ratssitzung am 24.01.2008 zur Entscheidung anstünden.

- 12. Verwaltungsreform; Verfahrensvereinfachung  
Vorlage: 2007 0253**
- 

**Bei 11 Gegenstimmen und 21 Ja-Stimmen fasste der Rat den zu Ziffer 2 der Vorlage 2007 0253 formulierten Beschluss.**

- 13. 3. Änderungssatzung der Stadt Burgdorf über die Beseitigung des häuslichen Abwassers in Kleinkläranlagen  
Vorlage: 2007 0268**
- 

**Einstimmig fasste der Rat nachfolgenden Beschluss:**

**„Der Rat beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte**

**3. Änderungssatzung der Stadt Burgdorf über die Beseitigung des häuslichen Abwassers in Kleinkläranlagen (Kleinkläranlagensatzung).“**

- 14. Kommunales Einzelhandelskonzept, Beschluss  
Bezugsvorlage 2007 0215 (Entwurf)  
Vorlage: 2007 0215/1**
- 

**Ratsherr Zielonka** erklärte, dass mit der Beschlussfassung über das Einzelhandelskonzept ein wichtiger Baustein für die Stadt Burgdorf geschaffen werde, um für die Entwicklung des Einzelhandels im Stadtgebiet steuernd eingreifen zu können. Hier würden planungsrechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, um die von der Stadt Burgdorf verfolgten Ziele der Einzelhandelsentwicklung zielgerichtet für vorgesehene Räume zu steuern. Hierzu zählten zum einen die Stärkung der Innenstadt, zum anderen die ausreichende Nahversorgung in allen Stadtteilen und darüber

hinaus die geregelte Ausnahme für die Ansiedlung von Fachmärkten in der Stadt Burgdorf. Zu beachten sei der starke Konkurrenzkampf innerhalb der Region Hannover, wobei er auf die geplante Eröffnung des ECE am Hauptbahnhof der Landeshauptstadt hinwies. Es sei deshalb wichtig, die Kräfte zu bündeln und das hochwertige Angebot in der Stadt zu halten, um somit dem zu befürchtenden Kaufkraftabfluss aus der Stadt Burgdorf entgegen zu wirken. Um die im Einzelhandelskonzept vorgesehenen Rahmenbedingungen zu schaffen, sei es auch notwendig, entsprechende Grenzen zu schaffen, um schädlichen Entwicklungen vorzubeugen, wobei er auf die unter Tagesordnungspunkt 16 zur Beschlussfassung anstehende erste Veränderungssperre zum Bebauungsplan ‚Raiffeisen‘ verwies.

**Ratsherr Hunze** teilte mit, dass mit dem Einzelhandelskonzept lediglich die Handhabe gegeben sei, steuernd einzugreifen, dies aber kein Allheilmittel gegen einen eventuellen Kaufkraftabfluss darstellen könne. Auch könnten Negativentwicklungen verhindert werden. Es müsse das Ziel sein, die Innenstadt und die Ortsteile zu entwickeln, wobei gleichzeitig der Schaffung von Einzelhandelsmärkten auf der ‚grünen Wiese‘ entgegen gewirkt werden solle.

**Ratsmitglied Fleischmann** verwies darauf, dass aus seiner Sicht 15.000,00 € für die Entwicklung eines Gutachtens auf der Basis bekannter Sachverhalte vergeudet worden seien. Es sei bekannt, dass im Bereich des Rubensplatzes etwas getan werden müsse. Ebenso sei die Schaffung von Lebensmittelmärkten im Bereich der Weststadt notwendig. Auch im Bereich der Nord-Ost-Stadt sei es für die Bevölkerung wichtig, Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten. Es könne niemand gezwungen werden, einen Einkaufsmarkt zu eröffnen. Das Gutachten diene lediglich dazu, an einzelnen Standorten Märkte zu verhindern, wobei er ebenfalls auf den Tagesordnungspunkt 16 ‚Veränderungssperre Bebauungsplan Raiffeisenstraße‘ verwies. Aus seiner Sicht gesehen sei im vorliegenden Fall Geld für ein wertloses Gutachten ausgegeben worden, weshalb er nicht dafür stimmen könne.

**Ratsmitglied Lüddecke** führte aus, dass es sich bei dem Einzelhandelskonzept um ein Steuerungsinstrument zur Stadtentwicklung handle, wobei es Ziel sein müsse, die Innenstadt zu beleben. Selbstverständlich sei, dass hierdurch nur Impulse für eine Ansiedlung gegeben werden könnten. In diesem Zusammenhang sprach er auch die Entwicklung des Raiffeisengeländes an, wobei bei den Eigentümern kontroverse Auffassungen gegenüber denen von Rat und Verwaltung vorhanden seien. Er bat die Verwaltung, mit der Raiffeisenwarengenossenschaft weiterhin im Gespräch zu bleiben.

Aus Sicht der FDP-Fraktion werde das kommunale Einzelhandelskonzept unterstützt.

**Bürgermeister Baxmann** merkte an, dass man nach wie vor mit der Raiffeisenwarengenossenschaft im Gespräch sei. Ein Gesprächstermin sei bereits anberaumt.

Hiernach stellte **Ratsvorsitzender Walter** die Vorlage zur Abstimmung.

**Bei einer Gegenstimme und 32 Ja-Stimmen fasste der Rat den unter Ziffer 4 der Vorlage 2007 0215/1 formulierten Beschluss.**

15. **Bebauungsplan O-23/2 "Raiffeisenstraße", Einleitung  
Bezugsvorlage 2007 0267 (Veränderungssperre)  
Bezugsvorlage 2007 0215 (Kommunales Einzelhandelskonzept,  
Entwurf)  
Vorlage: 2007 0266**

---

**Ratsmitglied Fleischmann** teilte mit, dass er im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern des Rates nichts gegen die Ansiedlung eines Einzelhandelsmarktes auf dem Gelände der Raiffeisenwarengenossenschaft einzuwenden habe. Würde man der Absicht des Eigentümers folgen, erhielte die Bevölkerung der Nord-Ost-Stadt nicht nur einen dringend benötigten Lebensmittelmarkt, sondern zusätzlich auch eine Drogerie und einen Getränkeabholmarkt.

Im Übrigen sei dieser Standort auch bequem durch Bus und Bahn zu erreichen, so dass neben der Schaffung des Angebotes auch eine umweltfreundliche Mobilität der Bevölkerung gegeben sei. Da dieser Standort nicht nennenswert weit entfernt von dem von der Verwaltung favorisierten Standort in der Sorgenser Straße gelegen sei, sei ein nennenswerter Abfluss von Kaufkraft aus der Innenstadt nicht zu befürchten. Er verwies darauf, dass bereits schon jetzt aus den Bereichen der Scharnhorststraße und der umliegenden Straßenbereiche die Brücke über die Bahn als Verbindungsweg zum Einkaufen in der Weststadt (Plus/E-Center) genutzt werde, um den täglichen Bedarf zu decken. Letztendlich würden bei der Favorisierung des Standortes Raiffeisenstraße diese Käuferströme wieder in den Kernbereich der Stadt zurückkehren. Er werde daher aus diesen Gründen sowohl die Vorlage 2007 0266 des Tagesordnungspunktes 15 als auch die dazugehörige Veränderungssperre unter dem Tagesordnungspunkt 16 - Vorlage 2007 0262 - ablehnen.

**Ratsmitglied Hunze** erklärte, dass aus seiner Sicht das Raiffeisengelände unter den gleichen Aspekten betrachtet werden müsse wie etwa das Zuckerfabrikgelände in Lehrte. Hier sei es dringend notwendig, eine sinnvolle Entwicklung dieses Geländes auch unter dem Gesichtspunkt der zentralen Lage durchzuführen. Es komme auf die planerische Umsetzung an, wobei es das Ziel sein müsse, gemeinsam mit den Eigentümern eine optimale Gestaltung für die Stadt Burgdorf zu realisieren.

**Ratsmitglied Zielonka** ergänzte die Ausführungen von Herrn Hunze dahingehend, dass es nicht darum gehe, auf dem Gelände der Raiffeisenwarengenossenschaft einen Einzelhandel gänzlich zu verhindern. So sei den Vertretern der Raiffeisenwarengenossenschaft im Rahmen einer Bauausschusssitzung angeboten worden, in Gesprächen mit der Stadt für das gesamte Gebiet zu einer städtebaulich überzeugenden Gesamtkonzeption zu kommen. Dies müsse auch nicht bedeuten, dass dieses Konzept sogleich komplett abgearbeitet werden müsse. Es seien auch Teilschritte denkbar, wobei diese durchaus mit den zeitlichen Vorstellungen der Raiffeisenwarengenossenschaft übereinstimmen könnten mit dem Ziel, das jetzt zur Disposition stehende Teilstück einer städtebaulichen Entwicklung zuzuführen. Hier handele es sich aus städtebaulicher Sicht für die weitere Entwicklung der Stadt Burgdorf um eine sehr wichtige Fläche. Die Raiffeisenwarengenossenschaft verfolge - verständlicherweise - das Ziel einer Gewinnmaximierung bei der Verwertung der Fläche. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne nicht gesagt werden, dass diese Zielvorstellung der Raiffeisenwarengenossenschaft den insgesamt zu berücksichtigenden städtebaulichen Entwicklungsplänen entspreche. Berücksichtigt werden müsse das zuvor beschlossene

kommunale Einzelhandelskonzept, wobei die Einbindung nur erfolgen könne, wenn der Bebauungsplan in diesem Sinne geändert werde. Dies sei nur über die zu beschließende Veränderungssperre möglich.

**Bei einer Gegenstimme und 32 Ja-Stimmen fasste der Rat den zu Ziffer 3 der Vorlage 2007 0266 formulierten Beschluss.**

16. **1. Veränderungssperre zum Bebauungsplan 0-23/2 "Raiffeisenstraße", Satzung  
Bezugsvorlage 2007 0266 (Veränderungssperre)  
Vorlage: 2007 0267**
- 

**Bei einer Gegenstimme und 32 Ja-Stimmen fasste der Rat den zu Ziffer 3 der Vorlage 2007 0267 formulierten Beschluss.**

17. **50. Änderung des Flächennutzungsplans (Weferlingsen - Nördlich Stockwiesen) - Feststellung - Bezugsvorlage: 2007 0206  
Vorlage: 2007 0277**
- 

**Einstimmig** fasste der Rat nachfolgenden Beschluss:

**A Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen**

- der in der Zeit vom 03.04.2007 bis 19.04.2007 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,
- der mit Schreiben vom 22.03.2007 bis zum 26.04.2007 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,
- der in der Zeit vom 02.10.2007 bis 02.11.2007 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und
- der mit Schreiben vom 27.09.2007 bis zum 02.11.2007 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

**Der Rat beschließt die in der Begründung im Teil 4, Kapitel 12 beschriebenen Abwägungsvorgänge.**

**B Feststellungsbeschluss:**

**Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung die 50. Flächennutzungsplanänderung in der Fassung des Planteils vom 15.11.2006.**

**Der Rat beschließt dem Flächennutzungsplan beizufügen**

- die Begründung in der Fassung vom 15.11.2007
- die zusammenfassende Erklärung gemäß § 6 (5) BauGB, die im Anhang der Begründung wiedergegeben ist.

Hiernach schloss **Ratsvorsitzender Walter** den ‚Öffentlichen Teil‘ der Ratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

### **Einwohnerfragestunde**

**Herr Ethner** bat darum, für die Zuhörer künftig den Inhalt der Vorlagen zu erläutern, zumal diese oftmals nicht den Sachverhalt kennen würden, um den es bei der Abhandlung der Tagesordnungspunkte gehe.

**Ratsvorsitzender Walter** nahm diese Anregung dankbar auf und schloss hiernach die Einwohnerfrage.

Nachdem die letzten Zuhörer den Ratssaal verlassen hatten, eröffnete **Ratsvorsitzender Walter** den ‚Vertraulichen Teil‘ der Ratssitzung.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender

Protokollführer